

Grüne Finanzpolitik - einfach und transparent

F15-81

Mehr Netto für kleine Einkommen

Mit der Steuerreform hat Rot-Grün gerade kleine und mittlere Einkommen in den vergangenen 7 Jahren deutlich entlastet. Von unserer Politik profitieren insbesondere Familien. So zahlt eine vierköpfige Familie mit Kindergeld bis zu einem Bruttoeinkommen von 37.650 € keine Einkommensteuer mehr. Beim Kindergeld liegt Deutschland innerhalb der Europäischen Union an zweiter Stelle. 154 € pro Monat werden inzwischen gezahlt.

2005 sind wir in die nachgelagerte Besteuerung der Altersvorsorge eingestiegen. Die Rentenversicherungsbeiträge von Arbeitnehmern und Selbstständigen werden schrittweise steuerfrei. Das bedeutet mehr Netto im Geldbeutel und damit mehr Spielraum für zusätzliche Vorsorge.

Die Lage der öffentlichen Haushalte war und ist sehr schwierig. Wir haben uns bewusst gegen eine Anhebung der Mehrwertsteuer entschieden. Denn diese nimmt vor allem Haushalten mit kleinen Einkommen Kaufkraft – also Arbeitnehmern, Rentnern, Studenten, Familien, Arbeitslosen. Damit würde die konjunkturelle Entwicklung gefährdet.

Steuerliche Privilegien einschränken

Wir wollen, dass Unternehmen sich nicht künstlich „arm rechnen“ können. Wer Gewinne erzielt, soll auch Steuern zahlen. Mit unserer Mindeststeuer auf hohe Gewinne haben wir erreicht, dass große und international tätige Unternehmen wieder deutlich mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, die steuerliche Begünstigung des Job-Exports zu streichen. Das hat die Union jedoch verhindert.

Wir haben steuerliche Subventionen und Sonderregelungen bereits in mehreren Schritten abgebaut, gegen den Widerstand der Interessengruppen und gegen das ständige Störfeuer der Union. So können zum Beispiel Profi-Fußballer ihre Zuschläge nicht mehr steuerfrei kassieren.

Steuer subventionen müssen alle zahlen, sie kommen aber meist nur wenigen zugute. Wir haben für mehr Steuergerechtigkeit gesorgt. Die Union hat während unserer Regierungszeit allerdings 17 Milliarden € Subventionsabbau blockiert, die Bund, Ländern und Kommunen jedes Jahr fehlen.

Steuerpolitik für mehr Arbeitsplätze

Allein im Jahr 2005 fließen rund 17 Milliarden € aus der Ökosteuer in die Rentenkasse. Der Rentenbeitragssatz liegt darum 1,7 Prozentpunkte niedriger. Das macht Arbeit billiger. Die Ökosteuer hat sich also bewährt: Sie verringert den Energieverbrauch und bringt Arbeitsplätze.

Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen entstehen neue Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir haben hier die Steuersätze deutlich gesenkt: im Schnitt um elf Prozentpunkte. Seit 2005 liegt der Eingangssteuersatz bei 15 Prozent, der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent. Das sind historisch die niedrigsten Steuersätze überhaupt, auch im internationalen Wettbewerb sind wir damit gut aufgestellt.

Arbeitsplätze schaffende Innovationen haben Vorfahrt. Wir haben die steuerlichen Bedingungen für so genanntes Wagniskapital verbessert. Das schafft wachstumsfreundlichere Rahmenbedingungen. Die Chancen für Innovationen in Deutschland sind größer, die Ausstattung kleiner und mittlerer Unternehmen mit Eigenkapital ist leichter möglich geworden.

Betrug und Steuerverlagerung eindämmen

Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung sind keine Kavaliersdelikte. Allein durch Betrug bei der Umsatzsteuer gehen dem Fiskus jährlich bis zu 20 Milliarden € verloren. Für die Schäden müssen wir alle zahlen – mit mehr Steuern und höheren Beiträgen, dem Verlust abgesicherter Jobs und Unternehmenspleiten.

Das konnten wir nicht länger hinnehmen. Wir haben die Meldepflichten verbessert und Kontrollrechte ausgeweitet und so Maßnahmen gegen Betrug ergriffen. Zugleich haben wir legale Arbeit, etwa durch die neuen Mini- und Midi-Jobs, erleichtert. Mit ersten Erfolgen: Erstmals seit 30 Jahren sind Schwarzarbeit und Steuerbetrug rückläufig.

Die Globalisierung hat Steuervermeidung erleichtert. Seit 2005 werden EU-weit Informationen zu Zinseinkünften ausgetauscht. Es ist so deutlich schwerer, Zinseinkünfte am Fiskus vorbei zu schleusen. Wir stimmen der Europäischen Kommission zu: Eine einheitliche Besteuerungsbasis für Unternehmen könnte fairen Wettbewerb in der EU fördern.

Mehr Finanzkraft bei den Kommunen

Starke, finanzkräftige Kommunen sind entscheidend für die Lebensqualität der Bürger. In Kommunen, die kräftig investieren, geht es auch den Handwerksbetrieben gut, denn sie bekommen Aufträge und können Arbeitsplätze schaffen und Lehrlinge ausbilden.

Wir haben die Gewerbesteuererinnahmen stabilisiert und die Gewerbesteuerumlage gesenkt. Wir haben klar festgelegt, dass die Kommunen durch Hartz IV entlastet werden müssen. Damit bleibt wieder mehr Geld in den kommunalen Kassen. Die Kommunen können investieren, denn der Sanierungsbedarf an Schulen, Kindertageseinrichtungen, Schwimmbädern und Straßen ist hoch.

Wir haben Gewerbesteuer und kommunale Selbstverwaltung gegen den stetigen Widerstand von Union und FDP verteidigt. Klar ist: Die Städte und Gemeinden wollten unsere kommunale Wirtschaftssteuer! Deshalb stehen wir weiter dazu.

Steuern einfacher und transparenter

Die Bürger müssen Formulare verstehen, um sie ausfüllen zu können. Wir haben für den normalen Steuerzahler eine Schneise in den Formulardschungel geschlagen. Für den Standardfall gibt es in sechs Bundesländern schon jetzt eine vereinfachte Steuererklärung auf einem Blatt mit zwei Seiten. Ab 2006 wird die einfache Steuererklärung in allen Ländern Wirklichkeit. Dann können rund 60 Prozent der Arbeitnehmer die vereinfachte Form nutzen.

Seine Steuererklärung kann jeder Steuerpflichtige heute ganz bequem zu Hause am PC machen und auch gleich dem Finanzamt schicken. Bereits mehr als zwei Millionen Bürger benutzen das Verfahren für die elektronische Steuererklärung. Auch Firmen können ihre Steuern elektronisch anmelden.

Zusätzlich müssen eine Million Steuerpflichtige grundsätzlich keine Steuererklärung mehr abgeben. Denn wir haben den Grundfreibetrag auf 7.664 € erhöht. Allein das ist eine faktische Steuervereinfachung und spürbarer Bürokratieabbau.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Christine Scheel
Finanzpolitische Sprecherin

Kerstin Andreae
Kommunalpolitische Sprecherin

Arbeitskreis 1: Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Finanzen, Haushalt

T. 030/227 56789, F. 030/227 56552

E-Mail: info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

- Attraktive Kommunen (Reader 15|44)
- Die grüne Sozialbilanz (Broschüre 15|78)

Bundestagsdrucksachen:

- 15/480 Steuervergünstigungsabbaugesetz
- 15/1684 Fortsetzung Steuervergünstigungsabbaugesetz (Korb II)
- 15/1727 Reform der Gewerbesteuer
- 15/2986 Alterseinkünftegesetz
- 15/3077 Bekämpfung Schwarzarbeit
- 15/5466 Antrag: Steuervereinfachung im Vollzug – Vorteil für Bürger, Betriebe und Verwaltung

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Stand: Juli 2005